



Kreisverband Stormarn

Kommunalpolitisches Programm der Partei *DIE LINKE* in Stormarn zur Kreistagswahl am 25. Mai 2008

Beschluss des Kreisparteitages der *LINKE*- Stormarn am 20. Jan. 2008

„Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschheit hat.“ (Rosa Luxemburg)

Präambel:

Soziale Gerechtigkeit beginnt In den Kommunen

In den Kommunen zeigen sich die Probleme der Gesellschaft wie in einem Brennglas. Hier sehen wir nicht nur die drastischen Veränderungen in den Betrieben, sondern auch die Veränderung der Gesellschaft durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der großen Koalitionen am deutlichsten:

- o Dauerarbeitslosigkeit und zunehmender Druck auf die Arbeitnehmer/innen, Mini- Jobs, die zum Leben nicht reichen
- o Verarmung von Alten und Rente erst mit 67
- o um sich greifende Kinderarmut
- o Reallöhneinbußen bis in die Mittelschichten
- o Abbau sozialer Sicherungssysteme
- o Abbau von sozialer Einrichtungen in den Gemeinden durch
- o Finanznot der Kommunen durch Steuergeschenke an Besserverdienende und die Wirtschaft
- o Immer mehr Kosten für die Familien (Busse, Bücherei, KiTa usw.)

Die Gründung der Partei *DIE LINKE* ist die Antwort auf die Politik der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, wie sie ihren drastischen Ausdruck in der Agenda 2010 gefunden hat. Wir wollen nicht mehr nur Opfer oder Beobachter sein, sondern politisch diesen Trend stoppen und umkehren, und darüber hinaus eine sozialistische Perspektive entwickeln und umsetzen.

DIE LINKE ist die Partei aller, die sozial verantwortlich denken und handeln. Wir wollen die Möglichkeit der Kommunalpolitik nutzen, um zusammen mit allen interessierten Menschen im Kreis, mit den alten und neuen sozialen Bewegungen, den Vereinen und Verbänden vor Ort erfahrbare Verbesserungen für alle Bürgerinnen und Bürger durchsetzen.

Wir rufen dazu auf, sich mit uns in der neuen Partei *DIE LINKE* zu organisieren und zu engagieren.

Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik.

Kommunen sind das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen. In der Kommune werden neben der Arbeit soziale Kontakte gepflegt, wird Sport getrieben, ins Kino gegangen. Hier will man zum Beispiel eine Kneipe zum Biertrinken und ein Café am Straßenrand haben. Kommunen müssen deshalb stadtplanerisch und architektonisch kommunikativ gestaltet sein mit Plätzen zum Verweilen, mit Fußgängerzonen zum entspannten Bummeln und Einkaufen, mit Einrichtungen zum Begegnen, zum kulturellen Leben und zum gemeinsamen Feiern. In der Kommune erwartet der Bürger/ die Bürgerin Einrichtungen für die Alten und die Kinder und Jugendlichen.

Kommunen müssen aber auch Sicherheit bieten bei Situationen wie Armut, Einsamkeit, Krankheit und Alter. In der Kommune hofft man auf Hilfe und Unterstützung in der Not, auf nachbarschaftliche Anteilnahme und gemeindliche Aktivität.

In den Kommunen gibt es deshalb auch immer wieder Menschen, die selbst Einfluss nehmen wollen. **DIE LINKE.** fördert die Beteiligung der Stormarnerinnen und Stormarner vor Ort durch Bürgersprech- und Fragestunden, durch Einwohnerversammlungen und Volksabstimmungen. Gleichzeitig arbeiten wir mit allen Initiativen von Menschen für Menschen zusammen, die unseren konkreten politischen Forderungen nahe stehen und bereit sind, für ihre Interessen mit uns zusammenzuarbeiten, sei es mit den Feuerwehren, den Jugend- und Seniorenvertretungen, den Sportvereinen, den Erwerbslosenvertretungen oder den engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Initiativen und Einrichtungen.

DIE LINKE. will in der Kommunalpolitik weitgehende Möglichkeiten zur Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger schaffen und fördern. Besonders die Menschen, die ansonsten eher Opfer oder Objekt bestehender Politik sind, wollen u. a. durch außerparlamentarische Aktivitäten wir motivieren und mobilisieren.

LINKE Kommunalpolitik steht für kommunale Daseinsvorsorge mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit, der Chancengleichheit und der sozialen Sicherheit.

DIE LINKE. in Stormarn wird bei der Kommunalwahl 2008 erstmals zur Kreistagswahl antreten. Sie wird ihre Schwerpunkte setzen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Kinderarmut, sie will bessere Bildung für alle und soziale Gerechtigkeit. Sie will die Möglichkeiten der Kommunalpolitik ausnutzen, um für ihre gesellschaftspolitischen Ziele zu werben und gleichwohl erfahrbare Verbesserungen für die Menschen im Kreis durchzusetzen.

***DIE LINKE.* lädt alle Bürgerinnen und Bürger
zum Dialog über ihr Programm ein.**

1. Kommunale Wirtschaftspolitik

Stormarn ist als Hamburg-Rand-Kreis Teil der Metropolregion Hamburg. Dadurch profitiert der Kreis von der Wirtschaftskraft der Großstadt, viele Stormarner/innen pendeln täglich nach Hamburg. Nirgendwo in Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit geringer als in Stormarn. Dennoch sind auch hier die Langzeitarbeitslosigkeit, der Mangel an Ausbildungsplätzen, die Folgen der Hartz- IV- Gesetze - insbesondere die Kinderarmut - und die steigenden sozialen Probleme nicht zu übersehen.

Doch während die Gewerbegebiete im Süden des Kreises immer mehr Flächen erfassen, sind die nördlichen Gemeinden von der Wirtschaftsentwicklung abgehängt. In Bargteheide, Bad Oldesloe und Reinfeld liegen die Gewerbegebiete teilweise brach.

DIE LINKE. wird die WAS (Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn) darin unterstützen, die Entwicklung im Norden voranzutreiben.

DIE LINKE. wird die Ansiedlung von Betrieben unterstützen, wenn sie

- Arbeitsplätze schaffen,
- einen Mindestlohn für die Mitarbeiter/innen von 8 € zahlen,
- ökologisch produzieren,
- möglichst Flächen sparen,
- Steuereinnahmen bringen,
- ausbilden,
- den Verkehr wenig belasten,
- mit den Gemeinden kooperieren.

Unser Ziel sind Arbeitsplätze im 1. Arbeitsmarkt, von denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Lebensunterhalt bestreiten können und die ihnen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Diese sollten möglichst über der Mindestlohnforderung der Partei **DIE LINKE.** von 8 € entlohnt werden. Niedriglöhne, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und 1-Euro-Zwangsdienste lehnen wir ab. Die Umsetzung unserer Forderungen ist am besten gewährleistet, wenn Qualifizierung und möglicher 2. Arbeitsmarkt an tarifliche Standards geknüpft sind. Sinnvolle Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen wollen wir fördern und zusammen mit der Agentur für Arbeit bzw. der **ARGE**, der Arbeitsgemeinschaft von Kreis und Agentur für Arbeit, planen. Die Unternehmen vor Ort sollen entsprechend, z. B. durch Ausbildungsverbünde, in die Verantwortung genommen werden. Wer für Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, darf sich nicht bei Qualifizierung und Arbeitsplatzschaffung verweigern und diese Aufgaben allein der öffentlichen Hand überlassen, sondern muss aktiv in die Pflicht genommen werden.

Der Kreis darf keine Aufträge an Firmen vergeben, die mit Leiharbeit, Niedriglohn oder nicht sozialversicherten Arbeitsverhältnissen arbeiten.

LINKE Kommunalpolitik setzt sich für Gewerbegebiete mit der nötigen Infrastruktur ein und trägt den Bedürfnissen der Beschäftigten Rechnung, z. B. durch sinnvolle Busverbindungen, Flächen und Einrichtungen für die Arbeitspausen u.ä..

2. Bildungspolitik

Nicht erst die PISA- Studie hat belegt, dass das deutsche Bildungssystem Kinder zu früh auf ihren Bildungswegen trennt, unzureichend ausgestattet ist und eine soziale Auslese bewirkt. Wenngleich für das Personal und die Bildungsstandards überwiegend das Land zuständig ist, sind Ausstattung und Gestaltung der Bildungseinrichtungen Aufgaben der Kommunen. Hier legt **DIE LINKE** einen weiteren Schwerpunkt ihrer Aktivitäten.

Kindertageseinrichtungen

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Die Kindertagesstätten sind die erste Bildungseinrichtung, in der Kinder unterschiedlicher Herkunft soziale Integration und spielerische Lernanreize erfahren. Deshalb müssen die Kommunen ausreichende Plätze in Krippen, KiTas und Horten schaffen. Der kostenfreie Besuch der KiTas und die kostenfreie Verpflegung ist für alle Kinder zu ermöglichen. KiTas müssen personell qualitativ und quantitativ besser ausgestattet werden; ein weiteres Absenken der Standards durch die Kieler Landesregierung muss durch die kommunalen Spitzenverbände zusammen mit den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen als Träger der KiTas verhindert werden.

Besonders Krippenplätze fehlen in Stormarn. **DIE LINKE** wird sich für eine integrierte Kindertagesstättenplanung einsetzen, damit den Kindern und ihren Eltern ein wunschgemäßes Angebot an Betreuungsplätzen gemacht werden kann, das auch den Arbeitszeiten der Berufstätigen Rechnung trägt.

Schule

Der schleswig-holsteinische Landtag hat im Januar 2007 ein neues Schulgesetz beschlossen. Der Kompromiss der Großen Koalition im Landtag erfand eine neue Dreigliedrigkeit aus Regionalschule (zusammengefasste Hauptschule und Realschule), Gemeinschaftsschule und Gymnasium. Nun haben die kommunalen Schulträger die Zuständigkeit zu entscheiden, welche Schulform in ihren Gemeinden eingerichtet werden soll.

DIE LINKE fordert eine klare **Abkehr vom alten gegliederten Schulsystem** aus Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Förderschule, das insbesondere Kinder aus weniger begüterten Familien von höheren Bildungsabschlüssen fernhält. Wir fordern **eine Schule für alle**, eine integrierte Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild, in der die Kinder gefördert und nicht aussortiert werden.

Wir unterstützen deshalb die Volksinitiative für „Eine Schule für Alle“.

DIE LINKE wird sich in den kommunalen Vertretungen und den Schulverbänden Stormarns vorrangig dafür einsetzen, dass flächendeckend Gemeinschaftsschulen errichtet werden, damit diese Schulart der Zukunft auch von allen Kindern im Kreis besucht werden kann. Diese sollen gut ausgestattete Ganztagschulen sein, die für alle Kinder eine kostenlose Mittagsmahlzeit anbieten.

Es müssen ausreichend Beratungsmöglichkeiten und Spielräume zur Verfügung gestellt werden, um in problematischen Situationen individuelle Lösungen zu finden. Die Schulen müssen mit entsprechendem pädagogischen und sozialpädagogischen Personal ausgestattet sein.

Die Kosten für die Busfahrten zu den Schulen dürfen nicht den Eltern aufgebürdet werden!

Büchereien und VHS

Zu einer guten Bildung gehört für uns das lebenslange, selbstbestimmte Lernen. Deshalb setzen wir uns kreisweit für den kostenlosen Zugang zu Büchereien und für die Erhaltung der Fahrbücherei ein.

Die Volkshochschulen bieten politische, gesellschaftliche und gesundheitspräventive Kurse für jedermann. Das Angebot muss breit gefächert und für jeden finanzierbar bleiben.

Es sind allgemein zugängliche Bildungsangebote zu bieten, zu fördern und zu fordern, die der gesellschaftspolitischen Wissensaneignung sowie der Belebung und Weiterentwicklung demokratischer Werte und Handlungsmöglichkeiten Einzelner dienen.

Kultur

Jede Kommune hat auch kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Diese müssen im Sinne der Teilhabe aller an der vorhandenen und neu zu schaffenden Kultur erfolgen.

Die Kommunalpolitik der Partei **DIE LINKE** wird kulturpolitische Arbeit als eine ihrer Komponenten einschließen. Sie fordert deshalb die Erhaltung und den Ausbau aller kommunalen Einrichtungen, deren Existenz das Lebensumfeld aller Einwohnerinnen und Einwohner human zu gestalten bestimmt sind, darunter:

- Frei- und Hallenbäder, Sportvereine, Erholungs- und Wandergebiete und ihre Struktur; öffentlicher Zugang zu Badeseen;
- Bibliotheken, Kinos, Theater, Kabarett, Konzerte, Tanz;
- Volkshochschulen, Schreibwerkstätten, (Jugend-)Musikschulen, Theatergruppen; Vereine zur Freizeitgestaltung.

Sport

Wir fördern den Vereins- und Gruppensport, denn er bietet allen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit der Freizeitgestaltung und der gesundheitlichen Förderung. Kommunale Einrichtungen des Breitensports wie z.B. Schwimmhallen dürfen nicht privatisiert werden. Hier muss ein **Sozialticket** für einkommensschwache Schichten günstige Teilnahme- und Eintrittsmöglichkeiten schaffen.

3. Kommunale Kinder- und Jugendpolitik

In der Kinder- und Jugendpolitik haben die Kommunen viele Zuständigkeiten. Sie reichen von der Ausstattung mit Krippen-, Kindertages- und Hortplätzen bis zu Jugendzentren und Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche, die vernachlässigt, misshandelt, drogengefährdet oder anderweitig problembelastet sind. Hier will **DIE LINKE** partnerschaftlich die Kinder und Jugendlichen an den kommunalen Entscheidungen und Planungen beteiligen und gemeinsam mit ihnen die nötigen Maßnahmen entwickeln und fördern.

Kinder- und Jugendpolitik wird oft nicht der erforderliche Stellenwert beigemessen. Sie ist kein Anhängsel der Bildungs-, Sozial- oder gar der Kriminalitätspolitik, sondern muss als **gleichberechtigter Politikbereich** und alle politischen Bereiche betreffendes **Politikprinzip** gesehen werden.

Kinder und Jugendliche brauchen einen eigenständigen Erlebnis- und Erfahrungsbe- reich neben der Familie mit Kindern und Jugendlichen in offener Jugendarbeit, in Jugendverbänden und „peer- groups“, in Jugendfreizeitstätten und im zunehmen- den Nachmittagsprogramm in den Schulen.

Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik ist es, die entsprechenden Angebote bedürf- nisgemäß gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe zu schaffen. Dabei ist die Be- teiligung der Kinder und Jugendlichen unverzichtbar.

Kinder und Jugendliche befinden sich manchmal in unerkannten Notsituationen. Da- für muss in Stormarn ein niedrigschwelliges, akzeptierendes Rat-, Hilfe- und Unterbrin- gungssystem bestehen, an das sich Kinder und Jugendliche bei Missbrauch, Gewalt und seelischer Misshandlung wenden können.

Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen müssen z. B. bei der Wirt- schafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, bei der Bau- und Verkehrsplanung usw. im- mer präsent und berücksichtigt sein. Dafür reicht die Einrichtung eines ehrenamtli- chen Kinderbeauftragten beim Kreis nicht aus. Vielmehr müssen die Kinder und Ju- gendlichen sowie ihre Interessengruppen wie Kinderschutzbund oder Kreisjugendring in die politische Arbeit eingebunden werden. Es sind Kinder- und Jugendbeiräte ü- berall dort, wo sie noch nicht existieren, mit entsprechender Unterstützung und Ein- flussmöglichkeiten einzurichten,.

DIE LINKE. in Stormarn bekennt sich in der Kinder- und Jugendpolitik zum **Grundsatz der Subsidiarität**, also dem Grundsatz, dass Vereine und Verbände, Wohlfahrtsorga- nisationen und Kirchen als freie Träger der Jugendhilfe bei der Ausführung der Kinder- und Jugendhilfe Vorrang vor der staatlichen Organisation der Angebote haben. Dadurch ergibt sich eine Vielfalt der inhaltlichen Ausrichtung der Angebote, die nur im Ausnahmefall durch staatliche Einflussnahme behindert sein darf. Besonders qua- lifizierte Verbände verdienen dabei unsere Unterstützung.

Es ist für eine gute finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe zu sorgen, so dass alle Kinder des Kreises z. B. die Möglichkeit haben, an einer selbstgewählten Ferienfreizeitmaßnahmen teilzunehmen.

Träger und Angebote mit rassistischen, neonazistischen und fremdenfeindlichen Ten- denzen sind nicht zuzulassen. Als Antifaschistinnen und Antifaschisten stellen wir uns rechtspopulistischen Bewegungen gerade im Bereich der Jugendarbeit entschieden ent- gegen.

Insbesondere in den Bereichen Drogengefährdung, Medienangebote und Gewalt ist großer Bedarf an Jugendschutz. Jugendschutzarbeit ist ganz überwiegend Präventi- onsrbeit, die die Kinder und Jugendlichen altersgemäß begleitet.

4. Kinderarmut

Auch in Stormarn wird von uns der Kampf gegen Kinderarmut, vielfach hervorgeru- fen durch die Hartz IV- Gesetze, geführt werden. 3800 Kinder im Kreis Stormarn gelten nach der offiziellen Definition als arm. Damit hat sich die Kinderarmut in unserem Kreis seit Einführung von Hartz IV auf über 9 Prozent nahezu verdoppelt. Zwar liegt Stor- marn damit durch die wirtschaftliche Lage bedingt unter dem bundesweiten Durch-

schnitt. Doch dass fast jedes zehnte Kind in so reichen Kommunen wie in Stormarn in Armut lebt, bleibt eine Schande für die herrschende Politik des Neoliberalismus.

Diese Kinder haben durchschnittlich nur 2,53 € pro Tag für Lebensmittel zur Verfügung, kulturelle Betätigung wie ihre AltersgenossInnen ist ihnen kaum möglich. Sie werden in ihrer jeweiligen Altersgruppe ausgegrenzt und stigmatisiert. Dadurch fällt es ihnen schwerer, Selbstbewusstsein zu entwickeln, sie bekommen Probleme in der Schule und geraten in das Räderwerk der sozialen Ausgrenzung. Indem sie dies zulässt, macht unsere Gesellschaft Armut vererbbar.

Als LINKE wissen wir, dass Kinderarmut kein isoliert zu betrachtendes Phänomen ist, das mit ein paar Almosen zu lösen wäre. Vielmehr ist es in der gesamten Ungerechtigkeit unserer Gesellschaft begründet. Kinderarmut ist Elternarmut!

- **DIE LINKE.** fordert kostenfreien Zutritt bedürftiger Kinder zu Einrichtungen des kulturellen und sozialen Lebens,
- **DIE LINKE.** steht für den Erlass der KiTa- Gebühren,
- **DIE LINKE.** fordert Kostenfreiheit bei den Schulbussen, dem Schulesen, den Schulbüchern u. a.

5. Umweltpolitik

Stormarns vielfältige Landschaft ist gefährdet. Der Kreis ist von mehreren Autobahnen und Bundesstraßen durchschnitten, die drohende Fehmarnbeltquerung wird noch mehr belastende Verkehrsströme nach Stormarn ziehen. In einigen Gemeinden zeigt sich der Siedlungsdruck aus Hamburg in großflächigen Einfamilienhausquartieren. Diese Siedlungsgebiete ziehen wiederum endlose Verkehrsströme nach Hamburg und zurück nach sich.

Stormarn ist aber auch ein Naherholungsraum für Hamburg. Daraus ergibt sich die Verantwortung, Natur und die typische holsteinische Knicklandschaft zu erhalten und gleichzeitig naturschonenden Tourismus zu ermöglichen. Wir treten ein für eine bewusste Landschaftspflege in Stormarn, bei der die Natur für den Menschen zugänglich bleibt und ein sanfter Tourismus stattfinden kann. Ausgewiesene Regenerationsflächen sollen aber unter besonderem Schutz bleiben. Der Kreis soll Aufforstungsflächen weiter fördern. Eine weitere Privatisierung der Staatsforsten lehnen wir ab.

Wir unterstützen die regionale Vermarktung von ökologisch erzeugten Produkten im Kreis.

Die Müllentsorgung soll konsequent dem Gedanken der Trennung folgen. Wir begrüßen die flächendeckende Einführung der blauen Tonne für Papier in den Wohneinheiten. Die Müllverbrennung soll nur solange toleriert werden, wie keine optimalen Wiederverwertungsmöglichkeiten für Restmüll entwickelt worden sind.

Wir fordern die konsequente Nutzung regenerativer Energien. Dazu gehört eine Förderung privater Haushalte, die regenerative Energien nutzen wollen, die Errichtung von „Solardächern“ auf allen geeigneten kreiseigenen Gebäuden und der Einfluss auf kommunale Energieversorger, ihren Anteil an regenerativen Energieträgern zu erhöhen.

6. Verkehrspolitik

LINKE Kommunalpolitik setzt sich für den Ausbau eines für den Bürger bezahlbaren öffentlichen Nahverkehrs ein, so dass, angelehnt an die Bedürfnisse der Beschäftigten, der Schüler/innen, der behinderten Mitbürger/innen, der Menschen ohne PKW, alle am sozialen Leben teilhaben können.

Verkehrspolitik ist auch Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik. An den Autobahn – Zufahrten und den Bahnhöfen sind geeignete kostenlose Park-and-Ride-Plätze zu schaffen, damit möglichst viele Stormarner/innen die Bahn oder Fahrgemeinschaften nutzen.

Das Radwegenetz ist konsequent weiter auszubauen, was auch mit den Mitteln des Umlandfonds möglich ist. Neue Kreis-Straßen sind nicht erforderlich, dagegen sollen die vorhandenen saniert und mit Radwegen versehen werden. Dabei sollen geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen in den Ortslagen zur Regel werden (z. B. Verkehrsinseln an Ortseinfahrten).

Den Bau weiterer Autobahnen und Bundesstraßen durch den Kreis lehnen wir ab. An den Bund richtet sich die Forderung, Radwege an die Bundesstraßen zu bauen.

Wir wollen mit den Verkehrsunternehmen, besonders mit dem HVV (Hamburger Verkehrsverbund), an dem der Kreis beteiligt ist, ein flächendeckend gutes Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bei angemessenen Preisen erreichen. Eine Beteiligung an den Busfahrkosten der Schülerinnen und Schüler lehnen wir entschieden ab. Durch die Einführung eines Sozialtickets wollen wir auch den ärmeren Mitgliedern unserer Gemeinden eine Anbindung an das kommunale Leben ermöglichen.

7. Sozialpolitik

ARGE

Der Kreis hat sich im Rahmen der Hartz IV- Gesetzgebung entschieden, zusammen mit der Agentur für Arbeit eine Arbeitsgemeinschaft „ARGE“ zu bilden, die die Arbeitslosen und Sozialgeldempfänger/innen betreut. Solange das von der LINKEN abgelehnte Hartz IV- System existiert, muss von der Seite des Kreises darauf geachtet werden, dass eine wirkliche Beratung und Förderung der Arbeitssuchenden stattfindet und dass die vorgesehenen Relationen zwischen Fallmanagern und Hilfesuchenden auch zutreffen, also nicht nur eine Verwaltung der Arbeitslosen, sondern eine wirkliche Hilfe gewährleistet ist. Diskriminierende und inhaltliche Behandlung wird nicht akzeptiert.

Wir lehnen den Einsatz von „1-Euro-Kräften“ durch die Kommunen ab. Der Zwang zur Arbeit ist kein geeignetes Mittel zur Wiedereingliederung in den 1. Arbeitsmarkt, sondern zerstört oft reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Beim Einsatz von Mitteln für Beschäftigungen im 2. Arbeitsmarkt ist grundsätzlich zu prüfen, ob keine regulären Beschäftigungsmöglichkeiten an dieser Stelle gegeben sind, das Gemeinwohl berücksichtigt, Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten und Qualifizierung angeboten wird. Wir setzen uns für eine tarifliche Bezahlung dieser Beschäftigungsverhältnisse ein. Der Kreis ist verpflichtet darauf zu achten, dass Datenschutzbestimmungen durch die „Arge“ eingehalten werden und den Hilfeempfängern/Hilfeempfängerinnen im Kreis ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird. „Sozialschnüffelei“ werden wir bekämpfen.

Wir fordern die Einführung eines „**Sozialtickets**“, das Geringverdienenden die kostenlose Benutzung von Bussen, Bahnen, Büchereien, Kinos u. ä. ermöglicht.

8. Gesundheitspolitik

Einrichtungen der Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand!

Der Kreis hat vor einigen Jahren sein Kreiskrankenhaus und seine 2 Altenpflegeheime an einen privaten Betreiber verkauft. Jetzt zeigen sich Probleme, die manche vorhergesagt haben. Wir fordern, das Oldesloer Krankenhaus und die angehörenden Altenpflegeheime zu rekommunalisieren. Der Krankenhausbetreiber muss seine vertraglichen Pflichten einhalten. Der Kreis muss weiterhin seine Verpflichtung erfüllen, allen Menschen eine gute medizinische Regelversorgung zu gewährleisten.

Bei Angeboten für Ältere wie Alten- und Pflegeheime, Altenbegegnungsstätten, Hospize u. ä. kann der Kreis nur eine fördernde Rolle übernehmen. **DIE LINKE** will, dass innovative Projekte wie generationenübergreifende Wohnformen mit Fördermittel anschubfinanziert werden. Die Heimaufsicht des Kreises wird angehalten, regelmäßig und unangekündigt Einrichtungen zu überprüfen und muss dafür mit dem entsprechenden Personal ausgestattet werden. Prüfberichte müssen einsehbar werden.

9. Geschlechtergerechtigkeit

Zwar hat die Frauenbewegung wichtige Fortschritte im Verhältnis von Männern und Frauen gebracht. Doch sind Frauen noch immer in vielen Positionen benachteiligt. So sind sie am politischen Leben weniger beteiligt als Männer, üben seltener politische Funktionen aus. Genauso sind sie sozial und ökonomisch benachteiligt. In unserer Bevölkerung sind alleinerziehende Mütter am meisten von Armut bedroht. In ihren Berufen verdienen Frauen prozentual noch immer deutlich weniger als Männer in vergleichbaren Berufen. Geschlechtergerechtigkeit nicht nur auf dem Papier, sondern im Alltag zu verwirklichen, gehört zu einem zentralen Anliegen der **LINKEN**:

- Wir widersetzen uns Mittelkürzungen von Frauenhäusern und -projekten.
- Gleichstellungsbeauftragte sollen wieder in Kommunen mit über 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern Pflicht werden.
- Wir setzen uns für die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen ein.
- Wir unterstützen Kampagnen, die über die bestehenden Ungerechtigkeiten im Verhältnis der Geschlechter aufklären.

10. Gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus – für eine offene Gesellschaft

Wir bekämpfen die neoliberale Politik und ihre Folgen wie z.B. zunehmende Unsicherheit der Menschen in ihren Lebensverhältnissen, soziale Ausgrenzung und entwürdigende Kontrollen und Gängelungen, denen arbeitslose Menschen ausgesetzt sind. Diese Zustände führen zu Politikverdrossenheit und Verzweiflung. Sie bieten einen guten Nährboden für die rechte Propaganda der Neofaschisten. Dem entgegen wollen wir mit den Verlierern/innen der neoliberalen „Reformen“ an einer sozialen und

demokratischen Perspektive arbeiten. Dem Versuch der Neofaschisten, zunehmend soziale Räume zu besetzen und in den Regionen Fuß zu fassen, setzen wir als LINKE unseren entschiedenen Widerstand entgegen:

- Wir wollen die Politikverdrossenheit zurückdrängen und die Menschen, die sich von der Politik abgewandt haben, durch mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten reaktivieren. Unsere Ziele der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität stehen Rassismus und Ausgrenzung diametral entgegen.
- Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger unterstützen und aktivieren, sich gegen die Betätigung von Neofaschisten in ihrer Nachbarschaft zu wehren.
- Wir treten ein für eine stärkere Unterstützung antifaschistischer Bündnisse und Initiativen und kämpfen mit der antifaschistischen Bewegung gegen Neofaschismus, wo immer er sich zeigt.

Wir erinnern an den Grundgesetz-Artikel 139, in dem die Fortgeltung der Vorschriften der Alliierten zur „Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus“ und damit das Verbot aller NS-Organisationen und Nachfolgeorganisationen festgelegt ist. Ein NPD-Verbot würde ihre organisatorischen Strukturen erheblich schwächen sowie die Parteienfinanzierung und ihre Auftritte in Parlamenten beenden.

DIE LINKE. setzt sich für ein liberales Einwanderungsrecht und eine bewerberfreundliche Verwaltungspraxis ein. Die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern/innen und eine intensive Betreuung müssen fortgesetzt werden. Gewaltsame Abschiebungen dürfen im Kreis nicht stattfinden! Stattdessen sollen Kontakte zwischen Asylbewerbern/ Asylbewerberinnen und den anderen Bürgern und Bürgerinnen aktiv gefördert werden.

Wir fordern für alle ausländischen Mitbürger/innen das kommunale Wahlrecht. Gleiches Recht für alle, die in diesem Lande leben!

11. Finanzierung

Die Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können! Die schwarz-rot-grüne Steuerpolitik zugunsten der Besserverdienenden und der großen Wirtschaftsunternehmen wie die

- Senkung des Spitzensteuersatzes,
- Abschaffung der Vermögenssteuer,
- Senkung der Körperschaftssteuer,
- Senkung der Erbschaftssteuer
- Senkung der Gewerbesteuer u.v.m.

hat die Staatseinnahmen und auch die Einnahmen der Kommunen drastisch verringert, so dass viele Kommunen Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger, für Schulen und soziale Einrichtungen einschränken mussten.

Kriegseinsätze in verschiedensten Teilen der Welt fordern nicht nur menschliche Opfer, sondern verschlingen zudem Milliarden. Wir stehen für eine **Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten**. Die Steuerlast für die Reichen muss wieder erhöht und die Steuergeschenke an die großen Unternehmen müssen rückgängig gemacht werden. **DIE LINKE.** wird in Bund und Land massiv dafür eintreten, dass von den Steuermehreinnahmen ein deutlich größerer Teil den Kommunen zugute kommt.

Dazu hat auch das Land seinen Beitrag zu leisten: Solange 60 Mio € kurzerhand für ein finanziell und ökologisch unsinniges Mammutprojekt wie die feste Fehmarn-Belt-Querung lockergemacht werden können, kann den Kommunen nicht weisgemacht werden, dass kein Geld im Landeshaushalt zur Verfügung steht!

Geld ist genug da! Eine andere Politik ist nicht nur nötig, sondern auch möglich!

FÜR EINE STARKE LINKE.

*Die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat, so schreibt es das Grundgesetz vor. Doch zu oft dominieren die Interessen der Wirtschaft über die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb werden wir in unserem politischen Handeln auch auf kommunaler Ebene nicht müde werden, den Zusammenhang zum Großen und Ganzen zu thematisieren und darauf hinzuweisen, dass **DIE LINKE**, die einzige im Bundestag vertretene Partei ist, die die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung vertritt, während die anderen Parteien im wesentlichen Lobbyarbeit für diese oder jene Kapitalinteressen machen. Mit Kreis- und Gemeindeorganisationen dieser Parteien, die sozial gerechte Politik entwickeln und umsetzen wollen, arbeiten wir zum Wohle der Sache zusammen.*